



FOTO: APA/HELMUT FOHRINGER

Herbert Kickl am 6. Mai in den FPÖ-Räumlichkeiten mit 827 Anfragen: Er spricht von einer „parlamentarischen Großoffensive“, die die Freiheitlichen starten

Plag den Staat

Die FPÖ hat an einem Tag 827 parlamentarische Anfragen gestellt. Seit Herbst sind es fast 2600 Stück. Mehr als alle anderen Parteien zusammen. Ist das noch die Kontrolle der Regierungsarbeit oder wollen die Blauen die Verwaltung lahmlegen?

Der 6. Mai beginnt für die Kanzlei des Nationalrats ungewöhnlich. Herbert Kickl steht vor der Tür. Er ist mit Mitarbeitern des FPÖ-Klubs gekommen. Im Gepäck haben sie fünf transparente Boxen, jeweils ein paar Kilogramm schwer. Jeder soll sehen, was der FPÖ-Chef heute hier abliefern wird: 827 parlamentarische Anfragen, ausgedruckt auf tausenden A4-Seiten. Thema: „Corona-Wahnsinn.“

Die Kanzlei des Nationalrats liegt im zweiten Stock des Parlaments. Neben den Schreibtischen stehen Pflanzen, eine Sitzzecke gibt's zum Plaudern, ein Dachfenster lässt Sonnenlicht rein. Das Ambiente in diesem Großraumbüro flüstert: Ruhe bitte.

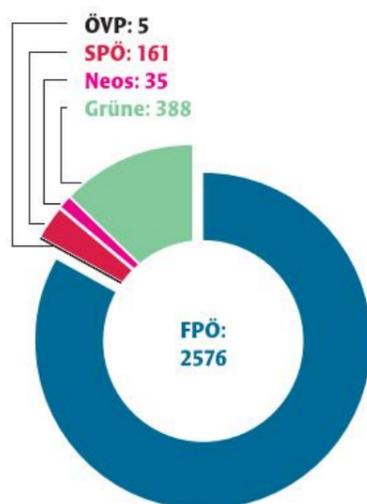
Aber nicht an diesem Tag. Es ist 11.30 Uhr, als die Mitarbeiter damit beginnen, die Anfragen aus den Boxen zu nehmen. Jedes einzelne Papier muss die Kanzlei auf Datenschutz und gesetzliche Formalität prüfen. Jedes Blatt einscannen. Jede Anfrage stempeln und nummerieren. Erst dann gehen die Anfragen an die Ministerien.

Interpellation, so nennt man das Fragerecht des Parlaments, festgezurrt in Artikel 52 der Bundesverfassung. Das Fragerecht ist eine der wichtigsten Säulen des Parlamentarismus. Mit ihm haben die Abgeordneten ein Werkzeug in der Hand, um der Regierung auf die Finger zu schauen. Die bekannteste Version davon ist die parlamentarische Anfrage, geregelt im „Bundesgesetz über die Geschäftsordnung des Nationalrats“. Fragen werden schriftlich gestellt, binnen zweier Monate müssen die Minister schriftlich antworten.

ANALYSE:
JÜRGEN KLATZER

PARLAMENTARISCHE ANFRAGEN

Seit der Nationalratswahl wurden 3165 Anfragen (Stand 25. August) an die Regierung gestellt



QUELLE: PARLAMENT

Vor allem die Opposition nutzt Anfragen. Sie will kontrollieren, aber auch aufmerksam machen auf mutmaßliche Missstände, auf vernachlässigte Themen und auf Fehler der Regierung. Alle Parteien tun das – aber die FPÖ ist da ein Sonderfall.

Im Flüchtlingsjahr 2015: 2503 blaue Anfragen. Mehr als von allen anderen zusammen. Ein Jahr später: 2029 Anfragen. Erneut Spitzenreiter. Und auf dem Höhepunkt der Corona-Pandemie 2022: 2392 Anfragen. Die anderen Parteien können nur zuschauen.

Die blaue Anfrageflut hat mit der Oppositionsrolle der FPÖ zu tun, aber auch mit der Art, wie die Blauen Politik machen: laut und aggressiv. Dafür muss sogar das Fragerecht herhalten.

Wie am 6. Mai. Kickls Paket ist ein Novum. So viele Anfragen an einem Tag gab es in der Geschichte des Parlaments noch nie. Die Kanzleimitarbeiter gehen in Arbeitsteilung vor. Einer prüft, der andere scannt und einer stempelt. Die erste Anfrage geht am selben Tag um 12.09 Uhr auf der Website des Parlaments online, sie hat die Nummer 1461/J, eine der letzten wird erst am nächsten Tag um 8.28 Uhr zu sehen sein, Nummer 2283/J.

Ist das, was die FPÖ gerade macht, noch parlamentarische Kontrolle, wie Herbert Kickl nicht müde wird zu betonen? Oder ist es schon parlamentarische Schikane?

Die 827 Anfragen sind der vorläufige Höhepunkt einer seit Monaten heranrollenden Welle. Seit der Nationalratswahl im Herbst stellte die FPÖ knapp 2600 Anfragen: Aufarbeitung der Co-

rona-Pandemie. Todesfall Christian Pilnacek. Kriminelle Ausländer. Justizversagen bei „IS-Teenie“. Finanzierung von NGOs. Förderungen für den Pride Month. Ukraine. Gaza. Gendergerechte Sprache. Im Februar wollte die FPÖ mehr über gepanschten Honig aus dem Ausland wissen.

Wenn die Blauen so weitermachen, werden am Ende des Jahres 4000 Anfragen aus ihrer Partei gekommen sein. Zum Vergleich: In der aktuellen Legislaturperiode brachten die anderen vier Parlamentsparteien weniger als 600 Anfragen ein, davon kamen fast 400 von den Grünen.

Das Parlament äußert sich zu den Anfragen nicht, weder zur Zahl noch zum Inhalt. Ein leitender Mitarbeiter, der seinen Namen im Falter nicht lesen will, sagt: „Politischen Aktivismus über Anfragen gab es schon immer. Aber die Masse sprengt alles, was wir bisher gesehen haben.“

Vorallem in der ÖVP regt sich Ärger über den blauen Fragewahn. Die Partei, die kaum Anfragen stellt, weil sie seit 38 Jahren durchgehend in der Regierung sitzt, sieht eine Geldverschwendung in Millionenhöhe. 3000 Euro, so viel würde eine Anfragebeantwortung kosten, rechnete ÖVP-Innenminister Gerhard Karner kürzlich vor. Die FPÖ, so lautet der türkise Vorwurf, will die Verwaltung lahmlegen.

Die Sache mit den Anfragen ist nämlich die: Sie sind niederschwellig, das macht sie für einen Abgeordneten so attraktiv. Wer ein Thema im Kopf hat, braucht nur ein Blatt Papier, scharf formulierte Fragen und vier weitere Abgeordnete, die die An-

frage unterschreiben. Dann kann sie von der Kanzlei des Nationalrats verschickt werden.

Die FPÖ bedient sich einer einfachen Logik: Je mehr Anfragen ihre Abgeordnete stellen, umso wahrscheinlicher ist es, dass Medien darüber berichten. Im besten Fall bleibt eine skandalträchtige Schlagzeile hängen, die die Partei über ihre Kanäle weiterverbreiten kann. Das betrifft in der Regel nur die Anfragen. Über die Antworten der Minister sprechen die Blauen nämlich kaum.

Quantität statt Qualität bedeutet auch: Ein Großteil der 2600 blauen Anfragen sind schlicht Copy-Paste-Produkte. Ein Musterexemplar wird produziert und dann leicht verändert. Aus einer Anfrage über die Kriminalität von Ausländern werden schnell einmal neun, wenn der Innenminister pro Bundesland abgefragt wird.

Es geht aber noch extremer: Von den 827 Corona-Anfragen landeten hunderte beim Bundeskanzler und im Gesundheitsministerium. Keine einzige von ihnen war einzigartig. Denn FPÖ-Mandatar Michael Schilchegger bestückte alle mit 80 gleichlautenden Fragen. Nur den Gegenstand jeder Anfrage ändert er. Er fragte jede einzelne Covid-Verordnung der letzten Jahre ab. Aus einer Anfrage wurden so mehr als 300.

„Die FPÖ nimmt ihre Rechte wahr“, sagt der Verwaltungsjurist Peter Bußjäger von der Universität Innsbruck. Aber: „Der Bogen wird deutlich überspannt.“ Bußjäger ortet eine „bewusste Provokation“, um als Oppositionspartei Aufmerksamkeit zu erhalten. Das sei legitim, weil Kontrolle auch über Aufmerksamkeit funktioniere. Gleichzeitig stellt das, was die FPÖ gerade macht, eine Gefahr für den Parlamentarismus dar.

So wie nämlich das Messer stumpf wird, wenn man oft damit schneidet, „wird das Interpellationsrecht nicht mehr ernst genommen, wenn man es überschießend anwendet“, sagt Bußjäger. Die Folge: Minister geben gar keine oder nur noch plumpe Antworten.

Das passiert schon jetzt. Der Innenminister beantwortet eine blaue Anfrage zum Linksextremismus mit dem Hinweis, dass der Verfassungsschutzbericht sowieso online sei: Sucht euch die Daten selbst raus. Der Bundeskanzler verlinkt in einer Anfragebeantwortung eine andere Anfragebeantwortung: Haben wir eh schon beantwortet. Ein anderer Minister hält fest: Es ist die Mühe nicht wert, diese Fragen zu beantworten.

Bisher sind das Einzelfälle. Nach tausenden Fragen wird es nicht bei Einzelfällen bleiben. Aber womöglich geht es der FPÖ längst nicht mehr nur darum, die Regierungsarbeit zu überwachen.

Im Juli brachte die Partei eine 228-seitige Anfrage ein. Darauf sind rund 700 Organisationen namentlich gelistet, darunter viele freie Medien: „Wie viel Steuergeldmillionen verschlingt das NGO-Business?“ Die Anfrage mit jeweils 2200 Fragen ging an alle Ministerien.

Man kennt die Kampagne: Im Frühjahr warf die CDU dem NGO-Sektor vor, eine Schattenstruktur auf-



Die FPÖ nimmt ihre Rechte wahr. Aber der Bogen wird deutlich überspannt

PETER BUSSJÄGER,
VERWALTUNGSJURIST

zubauen. Der Aufschrei war groß. Später wetteten rechte Parteien gegen Organisationen, die Gelder aus Brüssel erhalten: „Deep-State“. Und nun war also die FPÖ dran.

„Diese Anfrage strotzt vor Ignoranz“, sagt Michael Meyer, Leiter des Instituts für Nonprofit Management und Governance an der WU Wien, bei einem Hintergrundgespräch Mitte August. Es sei eine willkürlich zusammengesetzte Liste, mit dem Ziel, den NGO-Bereich an den Pranger zu stellen. „Der FPÖ geht es nicht um Antworten, sondern um Diffamierung.“

Auf der Liste steht die gemeinnützige GmbH Acker. Sie leistet Bildungsarbeit, zeigt Kindern und Jugendlichen, wie man einen Gemüseacker anlegt. Gründer Christoph Musik sieht der Anfrage gelassen entgegen. „Welche Förderungen wir

bekommen, steht auf der Website“, sagt er. Was ihm sehr wohl Sorgen macht, ist der konstruierte Pauschalverdacht, der NGO-Sektor nehme den Staat aus.

Werner Zögernitz schüttelt den Kopf, wenn er auf die FPÖ angesprochen wird. Wie kein anderer kennt der langjährige ÖVP-Klubdirektor die Usancen im Parlament. „Das Frage-recht wird von der FPÖ für ihre Zwecke missbraucht“, sagt er.

Und was sagt die FPÖ zu den Vorwürfen? Volker Höferl, Herbert Kickls rechte Hand, soll der Dirigent der blauen Anfrageflut sein. Er weiß, dass der Boulevard springt, wenn die FPÖ Anfragen rausschießt. Im Gespräch mit dem *Falter* wiegelt er ab. „Wir stellen gerne Fragen“, sagt Höferl. Ein großer Plan, wie behauptet, stecke hinter der Fragewut nicht. **F**